

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2011



Der Euro führt in eine neue Währungswelt

Eine politische Prophezeiung hat sich erfüllt: Der Euro führt in eine neue Währungswelt. Ehe man daraus schließen darf, die Politik habe mit der Reform der Europäischen Währungsunion Wort gehalten, sollte man erst einmal genauer hinsehen, welche wirtschaftliche Qualität diese neue Ordnung hat. Führt diese Reform wirklich zu einer Zone der Stabilität, der finanzwirtschaftlich solide unterfütterten Prosperität und der sozialen aufgehobenheit der Bürger dieses in einer Währung vereinten Kerneuropas?

Nach der Verabschiedung des Reformpaketes für die Neugestaltung der Eurozone sieht die Wirklichkeit anders aus. Der Stabilität des Geldwertes, der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Verhältnisse wird dieses Reformpaket wohl nicht dienen. Formal haben die Staats- und Regierungschefs in der Tat eine neue Finanzordnung für die Eurozone beschlossen. Der „Europäische Rettungsschirm“ wird in zwei Jahren – also im Finanzjahr 2013 – durch einen Europäischen Stabilitätsmechanismus abgelöst. Wie bei armen Leuten soll es dann in Europa nicht mehr zugehen. Der sogenannte Stabilitätsmechanismus – der nichts anderes ist als eine Kreditpumpe für Länder, deren Etatdefizit ins wirtschaftlich Unbeherrschbare gestiegen ist – stellt Kredite praktisch auf Abruf zur Verfügung. Das wird den abrufenden Ländern nicht garantiert, aber es wird ihnen auch nicht verweigert werden.

Mit dieser Reform wird Europa sozusagen in eine andere Welt geschoben: in eine Welt, in der die Knappheit der Mittel für die wirtschaftliche Disziplin der Politik keine wirklich disziplinierende Rolle mehr spielen wird. Es hatte seinen wohl begründeten Sinn, dass Europa sich die Regel des „No-bail-out!“ – des Verbotes des Rauspaukens maßlos wirtschaftender Regierungen – geben wollte. In der Währungswelt des Euro wird diese Knappheit wohl keine Rolle mehr spielen.

Hans D. Barbier

Sachverständige für erneuerbare Energien

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) berät Bundesregierungen seit 1972 in Fragen der Umweltpolitik. Der Rat ist mit sieben Wissenschaftlern verschiedener Fachdisziplinen besetzt. Im Mai 2010 hat der SRU Möglichkeiten zu einer Stromversorgung aufgezeigt, die vollständig auf erneuerbare Energieträger setzt. Der Übergang dorthin sei ohne Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke oder neue Kohlekraftwerke möglich.

Das Gutachten (auf der Website des Rates unter Publikationen, Punkt Sondergutachten zu finden) enthält Vorschläge zur Weiterentwicklung der politischen, ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Eine kostengünstige Versorgung durch erneuerbare Energien ist nach Überzeugung der Wissenschaftler bis 2050 zu erreichen. Weitere Schwerpunkte des Gutachtens sind die Beschleunigung des notwendigen nationalen und europäischen Stromnetz-Ausbaus sowie die Verkoppelung einer nationalen Übergangsstrategie mit der europäischen Energie- und Klimapolitik.

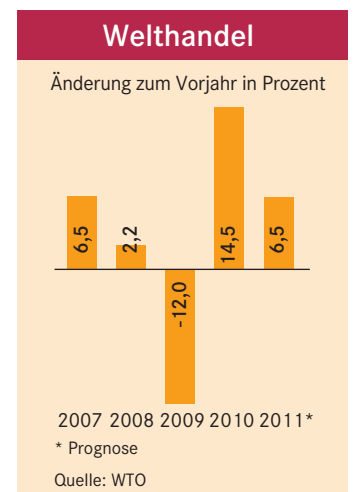
www.umweltrat.de

Welthandel auf Wachstumskurs

Der weltweite Warenhandels wuchs laut aktuellen Zahlen der Welthandelsorganisation

(WTO) im vergangenen Jahr um knapp 15 Prozent. Dies ist der zweite Rekordwert in Folge; allerdings stellte die Abnahme des Welthandels 2009 um 12 Prozent einen Negativrekord dar. Damit liegt das – um Preis- und Wechselkursentwicklungen bereinigte – Volumen der globalen Warenströme wieder auf dem Vorkrisenniveau.

Für das laufende Jahr sagen die Ökonomen der in Genf an-



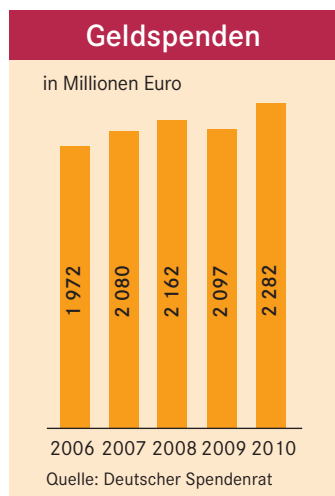
sässigen Organisation mit 6,5 Prozent eine Zunahme des Handelsvolumens vorher, die leicht über dem Mittelwert der Jahre 1990 bis 2008 (6 Prozent) liegt. Zugleich weisen sie auf das aktuell sehr schwierige Prognose-Umfeld hin, da von zahlreichen Krisenherden Risiken für den internationalen Handel ausgehen: die Katastrophe in Japan, die steigenden Rohstoffpreise, die Unruhen in einigen Erdöllieferlän-

den, die Sparanstrengungen in einigen europäischen Staaten im Gefolge der Eurokrise und die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit in vielen Industrieländern.

www.wto.org

Spendenjahr 2010

Nach einem Knick 2009 hat die Spendenbereitschaft der Deutschen im vergangenen Jahr



wieder zugenommen. Insgesamt wurden 2010 knapp 2,3 Milliarden Euro als Spenden aufkommen ermittelt, 185 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Gut jeder fünfte Deutsche spendete mindestens einmal, und zwar durchschnittlich 28 Euro – knapp einen Euro mehr als 2009.

Wermutstropfen für alle Spendensammler: Im Dezember, dem vermeintlich wichtigsten Monat für alle Organisationen, wurde weniger gespendet. 2010 sank das Spenden aufkommen im Weihnachtsmonat zum zweiten Mal in Folge um 50 Millionen Euro. Eine Ursache dafür konnten die Spendenforscher nicht nennen.

www.spendenrat.de

Politik und Stromwirtschaft eng vernetzt

Das erst im Herbst 2010 vorgelegte Energiekonzept – damals laut Aussage der christlich-liberalen Bundesregierung nichts weniger als eine „energiepolitische Revolution“ – steht nach dem Atomunglück in Japan wieder zur Disposition. Unbeachtet bleibt in der aktuellen Diskussion die enge Verflechtung von Politik und Stromwirtschaft.

Angefangen mit dem Radio-Wecker am Morgen über die Fahrt zur Schule oder zur Arbeit mit der Straßenbahn bis hin zum abendlichen Internet-Chat: Strom ist im täglichen Leben fast unverzichtbar. Daraus wurde (und wird) abgeleitet, dass die Stromversorgung nicht ohne den Staat funktionieren kann.

Rückblick

In den industrialisierten Ländern des 19. Jahrhunderts begann die Entwicklung zur zentralen Energieversorgung: 1882 startete zum Beispiel die erste deutsche Blockstation in Stuttgart, die Strom für damals unglaubliche 30 Glühlampen erzeugte. 1884 wurde mit der „AG Städtische Elektrizitätswerke“ in Berlin das erste öffentliche Elektrizitätsunternehmen gegründet, das ein Jahr später ein Kraftwerk in Betrieb nahm, um elektrischen Strom in einem Umkreis von 800 Metern zu liefern.

1911 waren bereits mehr als 2.300 Kraftwerke im Einsatz und leiteten Strom in die wachsenden öffentlichen Netze. Als 1917 erste Hochspannungsleitungen in Form von Freileitungen errichtet werden konnten, sank der Aufwand zur Elektrifizierung, und die flächendeckende Stromversorgung expandierte weiter.

Dekartellierungsversuche

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte eine Grundsatzentscheidung des Reichsgerichts aus dem Jahr 1897 das Thema Wettbewerb geprägt, wonach die Kartellbildung im Rahmen der Vertragsfreiheit als zulässig galt. Dies hatte zur Folge, dass das Deutsche Reich ein Land der Kartelle wurde. Als die Kartelle nach dem Ersten Weltkrieg das Risiko der Geldentwertung auf Abnehmer und Verbraucher abwälzten, griff die Reichsregierung ein. Ihre Verordnung vom 2. November 1923 hielt zwar am Grundsatz fest, dass Kartelle erlaubt sind. Sie gab der Regierung aber die Möglichkeit, grobe Auswüchse der Kartellfreiheit zu bekämpfen.

Die großen Stromunternehmen, die in den Jahren nach 1928 entstanden waren – zum Beispiel Bayernwerk und PreußenElektra (offizieller Name „Preußische Elektrizitäts Aktiengesellschaft“) –, wurden von den Kartellregelungen nicht erfasst. Der Staat sah es nach wie vor als seine wesentliche Aufgabe an, die Stromversorgung als Rückgrat der Wirtschaft zu sichern. Während der NS-Zeit wurde die Stromversorgung per Energiewirtschaftsgesetz der Reichsaufsicht unterstellt (1935). Drei Jahre später erfolgte mit dem „Grundpreistarif“ eine erste Tarifordnung

zur Vereinheitlichung der Verbraucherpreise für Strom.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte die enge Bindung von Staat und Wirtschaft neuerlich aufgebrochen werden. Die Amerikaner forderten ein Kartellgesetz – bis 1949 sollte ein entsprechendes Gesetz in Kraft treten –, doch es dauerte bis 1957, um das nach wie vor geltende „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ zu etablieren. Wie in den 1920er Jahren blieben die Energiekonzerne aber außen vor.

Liberalisierung

Erst durch den europäischen Binnenmarkt wurde in Deutschland der Energiebereich dem Wettbewerbsrecht unterworfen. Auch die Stromanbieter sollten sich dem Wettbewerb stellen. Dem lag allerdings nicht die Erkenntnis zugrunde, dass Wettbewerb ein wirkungsvolles Instrument ist: Die Europäische Union erzwang die Liberalisierung.

In Deutschland wurde die Öffnung des Strommarktes 1998 ohne Übergangsfristen durchgesetzt. In der Folge kam es zunächst auch – wie nach dem Lehrbuch – zum Preiskampf und zu deutlichen Preisunterschieden. Damit einher gingen Rationalisierungs- und Konzentrationsprozesse: Aus ehemals acht großen Verbundunternehmen



„Wir müssen ein schnelles Umsteuern auf regenerative Energie prüfen. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist nicht gefährdet.“

Rainer Brüderle, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

– Bayernwerke, Bewag, HEW, Laubag, PreußenElektra, RWE, VEAG und VEW – aus der Zeit vor der Liberalisierung waren durch Zusammenschlüsse bald vier geworden: EnBW, EON, RWE und Vattenfall. Diese vier sind nach wie vor die dominanten Anbieter auf dem deutschen Strommarkt.

Die Entwicklung führte zu einem – verglichen mit den Zielen der Marktöffnung – paradoxen Resultat: Vor der Liberalisierung waren etwa 80 Prozent der Stromproduktion in den Händen der acht Verbundunternehmen. Die nun verbliebenen vier Großunternehmen beherrschen den Markt zurzeit zu fast 90 Prozent; damit einher gingen und gehen Preissteigerungen.

Die Liberalisierung verlief also nicht, wie sie sollte. Nach wie vor sind Stromversorger zu großen Teilen in öffentlichem Besitz. Jüngstes Beispiel: Über eine eigene Holding-Gesellschaft hat die Landesregierung von Baden-Württemberg im Dezember 2010 45 Prozent des EnBW-Konzerns für rund 4,7 Milliarden Euro erworben. Die Mischung aus staatlichen und privaten Besitzanteilen an den Unternehmen erschwert aber transparente und wettbewerbliche Strukturen.

Personalverflechtungen

Zusätzlich behindern personelle Verflechtungen Markttransparenz, zum Beispiel, weil ehemalige Spitzenpolitiker als Lobbyisten der Energiewirtschaft agieren. Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder ist seit 2006 Aufsichtsratsvorsitzender einer Ak-

tiengesellschaft, deren größte Anteilseigner die Energieriesen EON und Gazprom sind. Schröders „Vizekanzler“ und ehemaliger Außenminister Joschka Fischer ist unter anderem als „politischer Berater“ für die Energieversorger RWE und OMV tätig. Wolfgang Clement, von 2002 bis 2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, ist seit 2006 Aufsichtsratsmitglied der RWE Power AG.

Manchmal greift die Politik sogar aktiv ein, so wie bei der Übernahme der Ruhrgas AG durch den Energieriesen EON im Jahr 2002. Gegen die Einwände des Bundeskartellamtes erteilten Bundeswirtschaftsminister Werner Müller und sein Staatssekretär Alfred Tacke „aus Gründen des überragenden Interesses der Allgemeinheit“ eine sogenannte Ministererlaubnis zur Fusion des größten deutschen Stromkonzerns mit dem größten deutschen Gaskonzern. Wenig später erhielten beide Politiker Vorstandsposten beim neu entstandenen Energieriesen – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Personelle Verflechtungen sind jedoch nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf regionaler Ebene zu finden. In den vier Regionalbeiräten der RWE AG sitzen beispielsweise weit über einhundert Mandatsträger: Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte.

Investitionslenkung

Neben den vielfältigen personellen Verbindungen gibt es mindestens zwei weitere Ursachen für die große Nähe von Staat und Stromwirtschaft.

Zum einen nimmt der Staat immensen Einfluss auf die Struktur des Strommarktes, wenn er über den Energiemix bestimmt: Welche Kraftwerke gebaut werden, ist davon abhängig, welcher Energieträger „gewünscht“ wird. Die aktuellen Ereignisse machen das besonders deutlich: Nachdem die rot-grüne Bundesregierung mit den Stromlieferanten im Jahr 2002 einen Ausstieg aus der Atomkraft gesetzlich vereinbart hatte, wurde der Ausstieg von der aktuellen Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP im vergangenen Herbst aufgehoben. Inzwischen ist durch die Entwicklungen in Japan auch dieser Ausstieg aus dem Ausstieg vorerst suspendiert; Planungssicherheit sieht anders aus.

Sollte es tatsächlich zum Umstieg bei der Stromproduktion kommen, hätte das umfassende Konsequenzen, zum Beispiel für die gesamte Netzstruktur. In der bisherigen Entwicklung wurden Kraftwerke relativ nah zu den Verbrauchszentren gebaut. Wenn die künftige Stromerzeugung in Windfarmen vor allem im Norden Deutschlands oder durch Sonnenkollektoren in Nordafrika – Stichwort Desertec – stattfinden soll, müssen Leitungen installiert werden, um Strom in die Verbrauchszentren liefern zu können. Neben technischen Fragen – neue Leitungen über oder unter der Erde verlegen, auf bestehenden Trassen mehr transportieren – ist auch umstritten, wie groß der Neubedarf für diese Hochleistungsnetze überhaupt ist. Wird nun von der Politik eine bestimmte

Form der Erzeugung vorgegeschrieben, zwingt das die Stromerzeuger zu Investitionen in eine bestimmte Richtung. Sollte sich in einigen Jahren zeigen, dass der politisch vorgegebene Weg nicht zielführend war: Wer wird die Kosten für die Fehlentscheidung tragen?

Strom schafft Steuereinnahmen

Zum anderen hat der Staat finanzielle Interessen. Die 1999 eingeführte Ökosteuern richtet sich beispielsweise nach der verbrauchten Strommenge: Pro Kilowattstunde gehen 2,05 Cent an den Staat. 2009 summierte sich das auf 6,3 Milliarden Euro. Weitere Einkünfte aus der Stromwirtschaft sind Umsatzsteuer sowie Konzessionsabgaben, also das Entgelt, das Kommunen für die Einräumung von Wegerechten erhalten, zum Beispiel dafür, dass Leitungen unter städtische Straßen verlegt werden dürfen. Auch neue Abgaben werden erdacht, zum Beispiel eine Steuer auf AKW-Brennelemente, die seit 1. Januar 2011 bei den Kraftwerksbetreibern fällig wird.

Alles in allem ist im Energiebereich von Marktwirtschaft wenig zu spüren, Transparenz und Entflechtung stehen weiterhin aus. Da in der Politik derzeit über eine längerfristige Energiestrategie nachgedacht wird, wäre die Gelegenheit günstig, eingefahrene Wege zu verlassen. Es wird Zeit sowohl für die personelle Entkoppelung als auch für die wettbewerbliche Ausrichtung der Energiewirtschaft. *Andreas Schirmer*



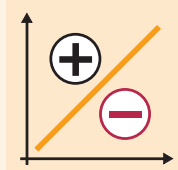
„Ein Beruf ist das Rückgrat des Lebens und seine Wahl die wichtigste Entscheidung, die der Mensch treffen muss.“

Friedrich Nietzsche

IM KLARTEXT

April 2011

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im April 2011

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Rund 85 000 junge Erwachsene unter 25 Jahren sind dem Berufsbildungsbericht 2011 der Bundesregierung zufolge ohne Ausbildungsplatz geblieben, immerhin 9 000 weniger als im Ausbildungsjahr zuvor. Erstaunlich: Die Bundesregierung ist trotzdem überzeugt, dass es mehr unbesetzte Ausbildungsstellen (19 600) als unversorgte Bewerber (12 250) gibt.

Wie schon öfter bei Arbeitsmarktzahlen liegt des Rätsels Lösung in der Statistik: Wer zwar ohne Lehrstelle geblieben ist, aber in Vorbereitungsjahren und Ähnlichem untergekommen ist, zählt für die Politik als „versorgt“.

Lehrstellen-Statistik

	unbesetzte Lehrstellen	unversorgte Bewerber
2005	12 636	40 504
2006	15 401	49 487
2007	18 359	32 660
2008	19 507	14 515
2009	17 255	15 679
2010	19 605	12 255

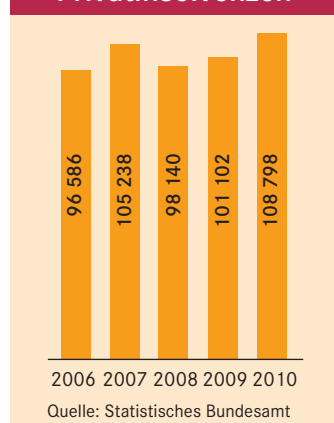
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Eigenverantwortung



Seit Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens im Jahr 1999 nahm die Zahl der Insolvenzen von privaten

Privatinsolvenzen



Schuldnern kontinuierlich zu. 2010 haben rund 109 000 Menschen die Möglichkeit der geordneten Entschuldung genutzt.

Über drei Millionen Privathaushalte in Deutschland sind überschuldet. Bei ihnen sind so viele Kredite und Rechnungen aufgelaufen, dass sie diese aus eigener Kraft nicht mehr zurückzahlen können. Hohe Konsumausgaben, schlechtes Vorbild

durch die Eltern, zu wenig Eigenverantwortung sowie Unwissen über wirtschaftliche Sachverhalte sind nach Auffassung des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen wesentliche Gründe für die zunehmende Verschuldung jugendlicher Erwachsener im Alter von 18 bis 24 Jahre.

Geldwertstabilität



Im letzten Quartal des Jahres 2010 entschieden sich 311 000 Menschen für eine staatlich geförderte Riester-Rente als ergänzende Alterssicherung. Auf das Gesamtjahr gesehen wuchs die Zahl damit um 1,1 Millionen auf mittlerweile 14,4 Millionen Riester-Sparer.

Wer als Riester-Sparer die volle staatliche Förderung erhalten möchte, muss vier Prozent seines sozialversicherungspflichtigen Bruttoeinkommens in den Vertrag einzahlen. Steigt das Einkommen, muss die Sparrate im Folgejahr angepasst werden. Einer aktuellen Umfrage von Union Investment zufolge wollen aber nur 15 Prozent der Riester-Sparer ihre Beiträge zur Riester-

Rente erhöhen, 77 Prozent möchten das nicht. Zwei Prozent planen, die Beiträge zu verringern, drei Prozent wollen die Beitragszahlung sogar aussetzen. Das zeige, dass der überwiegende Teil einen Riester-Vertrag abschließt und sich danach nicht mehr darum kümmert. Die Folge: Den Sparern werden ihre staatlichen Zulagen gekürzt; für das Beitragsjahr 2007 war das bei rund 40 Prozent der Riester-Sparer der Fall. Damit stimmt aber am Ende der Vertragslaufzeit die Rentenhöhe nicht mit der kalkulierten Summe bei Vertragsbeginn überein.

Riester-Sparer

in Millionen, jeweils Jahresende

2001	1,4
2002	3,4
2003	3,9
2004	4,2
2005	5,6
2006	8,1
2007	10,6
2008	12,1
2009	13,3
2010	14,4

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance/akg-images, BMWi/Ossenbrink (innen)

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard